

# Sozial-Revolution

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Coale-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Beiblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bei reiner Zahlung monatlich M. 15.00, in den Ausgabestellen abwechselnd M. 14.00 monatlich. Die abgesetzten Anzeigen-Blattmeter-Zeile kostet im Ortsvertrieb M. 1.50, im auswärtigen Vertrieb M. 2.00. Restlosen die Blattmeter-Zeile M. 5.00 im Ortsvertrieb und M. 6.00 im auswärtigen Vertrieb. Anzeigen-Echtlo: Vier Uhr nachmittags.

Einheits-Bezüge: Halle a. S., Neue Promenade 16 und Große Deubenstraße 17. Fernsprecher-Nummern: Central-Nummern 1140 und 1142. Einzel-Bezugsstellen: Markt 24. Druck-Verlag: „Sozialistische Verlagsanstalt“, Druck-Bearbeitung: Dr. Hans Reimold, Halle a. S., Postfach-Nr. 2215. Erstausgabeort und -Verlagshaus: Halle a. S. bei Coale. Bezugs-Einstellungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats zulässig.

### Barthous Instruktionen.

#### Besprechung mit Lloyd George. / Aussicht auf Ausgleich in der russischen Frage. Petroleumintriguen. / Reichstag und Genua.

#### Barthou bei Lloyd George.

Genua, 6. Mai. Barthou hatte heute nachmittags eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister Schanzer. Hierbei besprach er sich nach der Villa Alberti, wo er von 5 bis 7 Uhr mit Lloyd George konferierte. Barthou führte, wie von englischer Seite mitgeteilt wird, aus, er habe bei seiner Ankunft in Paris die öffentliche Meinung sehr besorgt gefunden, und zwar durch den russisch-deutschen Vertrag und durch die Schwierigkeiten, die sich infolge der Nichtunterzeichnung des Memorandums an Russland durch die Belgier ergeben hätten. Die Stellungnahme der französischen Regierung werde durch die Haltung der Belgier und durch die Auffassung der französischen öffentlichen Meinung beeinflusst. Er sei mit den Intentionen seiner Regierung zurückkommen, monach Frankreich dem russischen Memorandum nicht zustimmen könne, wenn die Belgier nicht in der Lage seien, zu unterschreiben. Er — Barthou — glaube indes, daß es möglich sei werde, eine Formel zu finden, um die verschiedenen Gesichtspunkte miteinander zu vereinigen. Abgesehen von der Frage des Artikels 7 des Memorandums sei die französische Regierung und die öffentliche Meinung der Konferenz der Konjunktur durchaus günstig gesinnt. Man müde die öffentliche Meinung Frankreichs nicht nach den Mitteln gewisser Zeitungen beurteilen. Wenn er nicht persönlich überzeugt wäre, daß die öffentliche Meinung Frankreichs der Konferenz günstig gesinnt sei, würde er nicht zurückgekommen sein. Er werde alles tun, um der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. (2)

Lloyd George nahm diese Erklärung zur Kenntnis und sagte, gegenwärtig sei die Lage folgende: Das Memorandum sei an die Russen abgibt worden und jetzt müsse man die russische Antwort abwarten. Vorher sei nichts weiter zu tun. Er erwähnte noch die Kommentare französischer Blätter über die Frage der Einberufung des Obersten Rates nach Genua. Er — Lloyd George — habe nichts Bedenkliches gesagt. Er habe vielmehr gesagt, daß es sehr zweckmäßig sein würde, eine Unterredung zwischen den Unterzeichnern des Versailles-Vertrages in Genua zu veranstalten. Barthou erklärte, die französische Regierung habe diese Anregung völlig verworfen. Zu der französischen Presse sei der Ausdruck Oberster Rat nur irrtümlich gebraucht worden. Hierfür sagte Lloyd George, welches die Ansichten der französischen Regierung in dieser Frage seien. Barthou erwiderte, er habe bereits dem italienischen Außenminister Schanzer mitgeteilt, daß die französische Regierung sich einer Besprechung der Frage vor dem 31. Mai widersetze. Weiter dem italienischen Außenminister Schanzer und Barthou hat Lloyd George heute seinen fremden Staatsmann empfangen.

Genua, 6. Mai. Barrère übermittelte gestern nachmittags dem Vorsitzenden der Konferenz de Facta eine Verbalsnote, in der die französische Vorkonferenz offiziell der Konferenz mitteilt, daß die französische Regierung beschloffen hat, ihre Unterschrift zu der Konferenz an die Russen zu setzen nicht zu geben, als Belgien nicht die seine zu geben gewillt ist.

#### Eine peinliche Wahl.

Entweder zu Belgien oder zu England.

Genua, 5. Mai. Der Sonderberichterstatter des Pariser „Intranseant“ will von einem englischen Beamten namens Noble, der die Beziehungen zur Presse aufrechterhält, mündlich gehört haben: Lloyd George ist entschlossen, Frankreich wählen zu lassen zwischen der Freundschaft Belgiens und derjenigen Großbritanniens. Wenn Frankreich an der Seite Belgiens bleibt und wenn Belgien durch seine Halbschwärzlichkeit die russischen Verhandlungen zum Scheitern bringt, werde von dem Plan Abstand nicht mehr gesprochen werden und jeder werde seine Kriegsschulden zahlen. Der Berichterstatter fügt hinzu, er habe Noble's Brief mitgeteilt, daß er diese Erklärung verbreiten werde.

#### „Die Kinder armer Leute“.

Klagen der Neutralen.

Paris, 6. Mai. Nach einer Havas-Nachricht aus Madrid führt das Blatt „Das Informations“ in einem Artikel mit der Überschrift „Ein Diplomat“ folgende Worte darüber, daß auf der Konferenz von Genua die Neutralen schlimmer behandelt würden als die Kinder der armen Leute. „Niemand“, sagt der Artikelschreiber, macht davon Aufhebens. Die Neutralen würden so zu tun als wären sie in der Beratung ausgelassen und über nichts auf dem laufenden gehalten, trotzdem eine Frage wie die russische sie unabhängig in Mitleidenschaft gezogen und interessiert habe. Es wäre sehr leicht möglich, daß zu den Kon-

ferenzen, die zwischen den Alliierten und den Russen und zwischen den Alliierten untereinander entstanden seien, noch ein Konflikt der Neutralen mit den Alliierten hinzukomme.

#### Die englischen Arbeiter an Lloyd George.

London, 6. Mai. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei, die sechs Millionen englische Arbeiter vertreten, sandten ein Telegramm an Lloyd George, in dem nachdrücklich die politische Anerkennung der russischen Sowjetregierung durch die übrigen Regierungen gefordert wird. Da sie für die Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Lebens Europas unentbehrlich sei. In dem Telegramm heißt es weiter, die Aufnahme Deutschlands in den Weltfrieden würde eine bessere Friedensgewähr sein als jeder neue besondere Friedenspakt.

#### Ohne Russland kein Wiederaufbau Europas.

London, 6. Mai. Der Chefleutnant Horns erklärte gestern in einer Rede in London, ein Fortbestehen der augenblicklichen Verhältnisse in Mitteleuropa würde das Wiederaufleben des Handels unmöglich machen. Dies sei der Grund, weshalb Lloyd George verstohe, habe Europa zur Vernunft zu bringen. Erfolge könnten diese Bemühungen nur haben, wenn Russland auf die eine oder die andere Weise wieder in die Gemeinschaft der europäischen Nationen aufgenommen werde.

#### Angora zum deutsch-russischen Vertrag.

Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, die Alliierte Botschaft habe den dortigen Vertreter der nationaltürkischen türkischen Regierung um Mitteilung darüber erucht, welches die Haltung der Angora-Regierung gegenüber dem deutsch-russischen Vertrag sei. Der nationaltürkische Vertreter sei vom Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Julius Renal bei angezogen worden, zu erklären, im Anbetracht der Tatsache, daß die Anerkennung des nationalen Schutzes das Hauptziel der auswärtigen Politik Angoras sei, werde die Angora-Regierung Verhandlungen mit jeder Macht eröffnen, die bereit sei, einen Pakt anzunehmen. Julius Renal bei stellte das Bestehen irgendeiner Militärkonvention zwischen der Türkei und Russland bzw. Deutschland in Abrede und erklärte, die Angora-Regierung wünsche Handelsbeziehungen mit allen Mächten, besonders mit Deutschland, zu eröffnen. Der Berichterstatter der „Times“ fügt hinzu, diese Antwort bestätige die Mitteilung, daß die Angora-Regierung große Anstrengungen mache, um dem russisch-deutschen Verträge beizutreten.

#### Vor einem italienisch-russischen Abkommen?

Paris, 5. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Intranseant“ in Genua telegraphiert, alles deutet darauf hin, daß ein Abkommen zwischen Rom und Moskau vor dem Abschluss stehe.

Genua, 5. Mai. Heute fand im Hotel de Genes eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der italienisch-russischen Gesellschaft für wirtschaftliche Initiative und dem Vertreter der russischen Delegation statt. Es kam dabei zu einer Aussprache über die Zwecke und Ziele der Gesellschaft, der Vertreter der italienischen Initiative und der italienischen Arbeiterpartei angehören. Kravlin gab Auskunft auf eine Reihe von Fragen, die an ihn gerichtet wurden. Er legte dar, wie sich die russische Regierung die unmittelbare Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Italien denke, und entwarf ein Programm der auswärtigen Politik der Sowjetregierung.

#### Petroleum.

Amerikanischer Protest.

Der Präsident der Vereinigten Staaten bereitet eine scharfe Protestnote gegen England vor, weil es den Petroleumvertrag zwischen der Royal Dutch Co. und der Sowjetregierung unterzeichnet habe und in dieser Frage besondere Willkuren an eine Volksherrschaft in London und Rom erlassen. Daß die Unterzeichnung jedes Abkommens den Protest irgendeiner Macht herausfordert, zeigt nur allzu klar, wie tief das Misstrauen zwischen den einzelnen Staaten eingedrungen ist.

Die Sowjetregierung wird dem Plenum des Exekutiv-Komitees einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Bodenbesitzverhältnisse endgültig festlegen soll und der im wesentlichen nichts anderes bringt, als was die Stolypin'schen Agrarreformen von 1906 und 1910 auch bereits vorgezogen haben. Wenn in diesem Gesetzentwurf der Grundbesitz durch den Erben vererbt werden soll, Grundbesitz aber dem Staat vorbehalten wird, so ist das äußerlich allerdings eine Veränderung vor dem kommunalistischen Prinzip, in der Sache aber nichts anderes als das Oberbegriff des mittelalterlichen eine Veränderung vor dem kommunalistischen Prinzip. In Halle.

### Sachsen und Braunschweig.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Idee der rein sozialistischen Regierung ist schon an sich etwas, was dem demokratischen Gedanten abträglich sein muß. Eine demokratische Regierung soll nach dem reinen Formalbegriff gewiß zunächst auf der Mehrheit begründet sein, aber darüber hinaus bedeutet es eine Sünde wider den Geist wahrer Demokratie, wenn eine scharfe siffermäßige Mehrheit eine Regierung stützt, die sich ausschließlich aus Massenparteien zusammensetzt. Die Mehrheitssozialdemokratie hat dennoch überall dort, wo Kommunismus und Unabhängigkeit ihr möglich waren, Leichterzige die Koalitionspolitik über Bord geworfen und in die Bildung einer Massenregierung gewilligt. Die Misserfolge sind nicht ausgeblieben. Niemand hat man der Demokratie und dem Parlamentarismus neue Freunde gewonnen, sondern alle diese Regierungen haben lediglich die Position der grundsätzlichen Gegner des Parlamentarismus gestärkt. Man hat auf die berechtigten Empfindungen Andersdenkender keinerlei Rücksicht genommen, öffentliche Feiertage abgeschafft, Parteitage dafür eingeführt, und mit ähnlichem Unverstand hat man in der Kulturpolitik sich wie ein Bestimmtes Tier im Bergjambou benommen. Alles indes schwere Sünden, die in erster Linie aus dem Haupt der Mehrheitssozialisten kommen, aber sie werden noch übertroffen durch die fürstliche Taktik, die in allen solchen Fällen die Mehrheitssozialdemokratie einengenommen hat.

In Wahrheit hat weder in Sachsen noch in Braunschweig die Regierung das versaffungsmäßige erforderliche Vertrauen einer Parlamentsmehrheit hinter sich gehabt. Die Kommunisten haben hier wie dort stets erklärt, daß sie gar kein Vertrauen zu der Regierung haben, sie haben sie lediglich aus taktischen Gründen nicht gestützt. In Sachsen gaben die Kommunisten sogar als ausdrückliche Begründung ihres Stimmens für die Regierung an, daß sie im Amt bleiben müsse, um sich noch mehr zu klammern. Ausdrücklich aber scheidet die Reichsverfassung vor, daß die Länder Regierungen haben müssen, die vom Vertrauen ihrer Parlamente getragen sind. Die sächsischen Demokraten hätten darum durchaus recht, wenn sie die Mehrheitssozialdemokratie auf ihre demokratische Unterlassungssünde hinweisen, und es zeugt lediglich für die Unangewissenheit der Sozialisten auch in demokratisch-parlamentarischen Fragen, wenn sie das Schreiben der demokratischen Landtagsfraktion abnehmend beantworteten. Es ist klar, daß die Deutsche Demokratische Partei gerade um der demokratischen Idee willen Zweiterstinstige nicht bilden kann, und wenn die Mehrheitssozialisten in Sachsen es ablehnen, die geborene große Koalition auf breiter Grundlage zu bilden, die allein unter der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen eine tragfähige Regierung zu schaffen vermag, so ist es die politische Pflicht der Demokraten, alle versaffungsmäßigen Mittel abzuwenden, um die versaffungswidrige Regierung aus dem Sattel zu heben. Es geht auch nicht an, daß die sächsische Regierung in der Frage des Volksbezugs die geschilderten Bestimmungen einseitig beiseiteschiebt und auch diese durch das Gesetz geregelte Frage zu einer reinen Nachfrage herabdrückt. Dagegen müssen sich alle Verteidiger des demokratischen Staates auflehnen.

In Braunschweig hat die Regierung der drei sozialistischen Parteien nun glücklicherweise gewartet, bis sie durch einen Beschluß des Parlaments befristet worden ist. Die Regierungsparteien waren einmal zu bewegen, nach all den blamablen und peinlichen Möglichkeiten von sich aus die Vertrauensfrage zu stellen. Diese wurde im Gegenteil von der Opposition gestellt, und nach Lage der Verhältnisse mußten die Antragsteller gegen ihren eigenen Antrag stimmen. Da ein Kommunist fehlte und der frühere Ministerpräsident Sepp Deter gegen die Regierung stimmte, so wurde das Vertrauensvotum mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. In der vorangegangenen Debatte war es besonders der Führer der Demokraten, Abg. Rüschow, der nachdrücklich, wie unendlich schwer die demokratischen Grundrichtungen durch die sozialistische Regierung kompromittiert worden sind. Wie unmöglich und unhaltbar die Lage dieser Regierung durch die bisherigen Mehrheitsverhältnisse war, ergibt sich schon daraus, daß die vier Minister sich selber das Vertrauen ausprägen, aber auch mit ihren Stimmen ergab sich eine Mehrheit. Herr Urich hat jetzt erklärt, daß die Regierung die Geschäfte vorläufig weiterführen wolle. Dagegen ist unter den gegebenen Verhältnissen wenig einzuwenden, aber es ist zu fordern, daß dieses Provisorium so kurz als nur irgend möglich bemessen bleibt.

Die Mehrheitssozialdemokratie trägt jetzt eine doppelte Verantwortung. Sie hat allein nicht die schwebendsten Zustände zu hindern vermocht, die sich in der Braunschweiger Verwaltung eingeschlichen hatten, ja, man kann sie sogar nicht von dem Vorwurf freisprechen, eine schlimme Korruption ruhig eintreiben lassen zu lassen. Eine neue Regierung muß sich selbstverständlich auch auf die Mehrheitssozialdemokraten erziehen. Wie in Sachsen, so ist auch in Braunschweig nach der Mandatsverteilung infolge der letzten Wahlen die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten die geborene Regierungsmehrheit. Weigert sich die Sozialdemokratie aus irgend welchen parteipolitischen Gründen oder aus Rücksichten auf ihre unabhängigen und kommunalistischen Verbündeten, so müßte das auf die Dauer nicht ohne Rückwirkung auf ihre Koalitionstüchtigkeit auch in anderen Landesteilen bleiben. Es ist aber auch an der Zeit, daß der Berliner Parteivorstand in Sach-

